

PVC, Dynamit Nobel und die Stadt Troisdorf. Lokale Deutungen von industriellen Gesundheitsgefahren und ihre Verallgemeinerung

Andrea Westermann, ETH Zürich

erschienen in: Brüggemeier, F.-J./ Engels, I. (Hg.) (2005). Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konflikte, Konzepte, Kompetenzen, Frankfurt a. M.: Campus, 249-267.

Bitte nur nach dem Original zitieren!

„Was ist los im PVC-Betrieb?“ fragte im März 1973 die DKP-Betriebszeitung DYNAMIT der Dynamit Nobel AG in Troisdorf bei Köln. Sie nahm damit Fälle von schweren Knochen- und Leberschädigungen ins Visier, die bei Chemiarbeitern aus der Kunststoffproduktion auftraten¹. Im August 1973 ging im Bundesarbeitsministerium unter dem Titel „PVC-Krankheit, was tun?“ ein anonymes Brief ein. Der Brief richtete die Aufmerksamkeit der Behörde auf die Troisdorfer Ereignisse, beklagte das Auftreten von Krankheitsfällen und skandalisierte deren Umstände. Immer neue Symptome veranlassten lokale Aktivisten und Parteipolitiker, die Berufskrankheiten öffentlich zu problematisieren: Anfang 1974 bestätigte sich der Verdacht, dass das Kunststoffmonomer Vinylchlorid, das zu Polyvinylchlorid oder PVC polymerisiert wurde, krebserregend war. Die DKP stellte Strafanzeige wegen Verdacht auf fahrlässige Körperverletzung und Tötung gegen den Vorstand der Dynamit Nobel AG². Eine neu gegründete „Interessengemeinschaft der VC-Geschädigten“ strengte im Namen von 40 Arbeitern einen Musterprozess wegen Amtspflichtverletzung gegen das Land Nordrhein-Westfalen an. Nach dem Vorbild in Sachen Contergan drängte der Anwalt der Interessengemeinschaft Land, Bund und die Dynamit Nobel AG zur Gründung einer „Stiftung zugunsten der VC-Geschädigten“, mit der die Betreuung und Entschädigung der Arbeiter sichergestellt werden sollte³. Troisdorfer Bürger schlossen sich den Protesten der betroffenen Arbeitnehmer in einem Solidaritätskomitee an. Schließlich nahm die überregionale Presse die Meldung „Krebsverdacht bestätigt“ zum Anlass, um nach möglichen Konsequenzen für alle zu forschen: „Werden wir auf Kunststoffe verzichten müssen?“⁴

Ein solcher Aufruhr um Berufskrankheiten ist ungewöhnlich. Zwar erkannte die Berufskrankheitenverordnung von 1925 berufsbedingte Krankheiten als einen sozialstaatlich regulierungsbedürftigen Gegenstand an und damit als Sorge der Allgemeinheit. Im Zuge des Prozesses, in dem individuelle Krankheitsfälle zu

¹ Der Aufsatz entstand im Rahmen meiner laufenden Dissertation zur Geschichte von PVC. Für Hinweise und Kritik danke ich den Herausgebern sowie Barbara Orland, Andreas Pettenkofer, Jörg Potthast und Gerlind Rüge.

² DYNAMIT, 15.1.1974, 1.

³ Die Welt 13.2.1975, Stolpert die Chemie über PVC?

⁴ Die Zeit, 28.6.1974, 37.

entschädigungswürdigen Industrialisierungsfolgen umdefiniert wurden, bildete sich jedoch ein komplexes Netzwerk von administrativen und medizinischen Wissensbeständen und Praktiken heraus. Die bald eingespielten Verfahren brachten es mit sich, dass diese Krankheiten in der Regel gerade nicht zum Anlass für eine breite Diskussion außerhalb der betroffenen Belegschaften und zuständigen Institutionen wurden. Unter Bezugnahme auf dieses Netzwerk zeigten sich Arbeitsmediziner in Behörden, Berufsgenossenschaften und Unternehmen überzeugt, auftretende Gesundheitsschäden umfassend behandeln und kompensieren sowie eventuelle Gefahren abstellen zu können.

In den Augen dieser Experten waren die in Troisdorf auftretenden Berufskrankheiten zwar neu, aber das Problem durchaus überschaubar. Technische Verbesserungen des Produktionsprozesses waren grundsätzlich denkbar und wurden in der Folge von den Kunststoffherstellern auch rasch umgesetzt. Bei Dynamit Nobel entschied sich die Firmenleitung Ende 1975, den PVC-Polymerisationsbetrieb zu schließen: Es hatte sich abzeichnet, dass die Einlösung der im Zuge der Berufskrankheitendebatte behördlich verordneten Arbeits- und Umweltschutzauflagen das Unternehmen sehr teuer zu stehen käme. *Business as usual?*

Im Fall der bald so genannten VC-Krankheit meldeten sich unerwartet Akteure zu Wort, die nicht zum Expertenkreis für Berufskrankheiten gehörten. Sie zweifelten im Gegenteil die Deutungshoheit der Behörden und ihrer Sachverständigen an, erklärten berufsgenossenschaftliche und administrative Regulierungsverfahren für unzureichend und problematisierten sowohl die Krankheitsfälle als auch den Stoff, bei dessen Herstellung Arbeiter schwer erkrankten oder starben. Es scheint deswegen viel versprechend, die spezifischen Voraussetzungen dieser Politisierung offen zu legen und die Konstituierung von betroffenen bzw. verantwortlichen gesellschaftlichen Gruppen oder Kollektiven zu verfolgen, die damit einherging⁵.

Im Folgenden wird untersucht, mit welchen argumentativen, materiellen und performativen Ressourcen die Troisdorfer Deutungen der VC-Berufskrankheiten abgestützt wurden. Dabei bedurfte es erheblicher Anstrengungen auf lokaler Ebene, bis ‚Der Spiegel‘ schließlich in der Dezemberausgabe 1973 zur VC-Krankheit berichtete. Zunächst musste das Auftreten der Krankheit bezeugt werden. Die Krankheitsfälle mussten öffentlich gemacht und ihr ursächlicher Zusammenhang mit VC belegt werden. Indem die Protagonisten in einem zweiten Schritt die lokalen Umstände generalisierten, gelang ihnen eine überzeugende Kritik an den Bedingungen der PVC-Herstellung. Dies wurde vor allem möglich, weil sich in Troisdorf die Argumentationsmuster der ‚alten Linken‘ und ‚neuen Linken‘ aufeinander beziehen ließen. Mit der Schaffung dieser Anschlussstellen ging eine Reklassifizierung des Problems einher: Aus dem Berufskrankheitenproblem wurde sukzessive ein Umweltproblem.

Während sich alte linke Positionen in den 1970er Jahren noch sehr eindeutig als gewerkschaftliche und parteipolitisch linke Positionen umschreiben lassen, ist die

⁵ Boltanski et al. 1984.

Definition der neuen Linken etwas heikler. Die Meinungen und Praktiken von Akteuren, die sich neben den Arbeitern und Gewerkschaftsvertretern zu Wort meldeten, fügten sich indes in ein Raster, das zeitgenössisch als neues Phänomen der politischen Kultur analysiert wurde: Einzelne Personen oder schon bestehende Gruppen mit ansonsten heterogenen Interessen und Lebensstilen gruppieren sich um ein spezifisches Anliegen und werden zeitweilig als Kollektiv erkennbar.⁶ Diesen bürgerinitiativ verfassten Protest bezeichne ich im hier ausgebreiteten PVC-Konflikt deswegen als neulinks, weil er sich mit Protestformen, Deutungsmustern und gewählten Medien in die Tradition der Studentenbewegung einreicht.

I. Von der Fabrik ins Rathaus

Die gesamte bundesdeutsche VC- und PVC-herstellende Industrie beschäftigte Anfang und Mitte der 1970er Jahre 6500 Arbeiter, davon standen ca. 1000 in direktem Kontakt mit dem Grundstoff VC. Summierte man die Beschäftigtenzahlen seit 1940, so kam man bis Mitte der 1970er Jahre auf 3600 Arbeiter mit direktem Kontakt zu VC. Bei Dynamit Nobel arbeiteten 130 bis 140 Männer in der PVC-Herstellung. Die Krankheitsmeldungen stiegen in Nordrhein-Westfalen auf 80 Meldungen im Mai 1974, wobei landesweit hauptsächlich Dynamit Nobel betroffen war⁷.

Die kommunale Aneignung der Gesundheitsgefahren bei Dynamit Nobel wurde darüber angestoßen, dass einige Akteure die durch VC verursachten Berufskrankheiten gegen die Sichtweise, sie seien allein betriebsinterne Probleme bzw. medizinische Einzelfälle, als ein öffentliches Problem definierten. Hierbei taten sich die Betroffenen selbst, ihr Hausarzt, die DKP-Kreisgruppe Siegburg, ein anonymes Briefeschreiber sowie eine Lokaljournalistin hervor. Sie holten die Krankheitsfälle aus dem kleinen Kreis der Troisdorfer Werks- und Hausärzte heraus. Noch blieben jene aber in professionellen Händen: „Der Fall VC ist einfach den normalen Dienstweg weitergegangen. Als der Hausarzt nicht weiterkam, hat er die Patienten an die Uniklinik überwiesen.“⁸ Der Troisdorfer Internist Schmetkamp überwies seine Patienten seit Ende 1971 an die Universitätshautklinik Bonn weiter, nachdem er mit den Werksärzten der Dynamit Nobel AG nicht ins fachliche Gespräch gefunden hatte⁹. Dort wurden bestimmte Symptome, insbesondere die Acroosteolyse – verkürzte Fingerendgliedmassen – und damit einhergehende ‚Uhrglasnägel‘ gehäuft diagnostiziert, den Berufsgenossenschaften sowie den staatlichen Gewerbeärzten gemeldet und die Fälle bereits im April 1972 auf einem arbeitsmedizinischen Kongress vorgestellt¹⁰. Nach den ersten 13 Meldungen im Frühjahr 1972 ordnete das staatliche Gewerbeaufsichtsamt Bonn für die Dynamit Nobel AG Maßnahmen zur Verbesserung der gewerbehygienischen Bedingungen an; der

⁶ Haffner 1977³, 75/76.

⁷ Verband Kunststoffherzeugende Industrie 1975, 7. BA Koblenz B 149/ 27870, Arbeitsmedizinische Gedanken zur sog. VC Krankheit, Juni 1974; BA Koblenz B 149/ 27869, 7.5.74, Besprechung des Forschungsvorhabens ‚Ursachen der sog. VC- Krankheit‘ am 2.5. 1974, Daten über Erkrankungsfälle.

⁸ Interview mit Jörg Heimbrecht am 26.9.2002, 8.

⁹ Interview mit Horst Tullius am 16.5.2002, 5; Döring 2002.

¹⁰ Jühe et al. 1972.

staatliche Gewerbearzt in Nordrhein-Westfalen verfügte zudem Einstellungs- und Überwachungsuntersuchungen für PVC-Arbeiter¹¹. Die Unikliniker intensivierten ihre Forschungen, als sich neben den dermatologischen auch die internistischen Symptome häuften.

Der anonyme Brief an das Bundesarbeitsministerium nannte in einem ersten Abschnitt die Krankheit beim Namen: „PVC-Krankheit, was tun?“¹² Die folgende ausführliche Krankheitsbeschreibung weist den oder die Briefverfasser als wohl informiert aus. Er zählte die zugehörigen Symptome auf und machte Angaben zur aktuellen Krankheitsinzidenz. Schließlich stellte er einen Zusammenhang zwischen Arbeitsplatz, eingesetzten Arbeitskräften und einem „hohen Lohn“ her, dessen eigentliche, denunzierende Bedeutung sich erst aus der nachgeschobenen Frage nach den Anstellungsbedingungen ergibt. „Bei den Erkrankten handelt es sich vorwiegend um Autoklavenarbeiter [i.e. Druckkessel, in denen VC zu PVC polymerisiert wird, AW] und zumeist Gastarbeiter, die hohe Löhne für diese Arbeit bekommen. Aber werden sie vorher auf etwaige Schäden hingewiesen?“ Der Brief focht Fehldiagnosen, ein Herunterspielen und die weiterhin wirksamen Handlungsvorbehalte der Troisdorfer Werksärzte, die in Konkurrenz zu Universitätsfachkollegen oder dem Hausarzt standen, an. Die Autoren richteten die Frage nach Verantwortlichkeiten ans Bundesministerium. „Warum wurde bei Dynamit Nobel keine bessere Vorsorge getroffen? [...] Wer trägt hierfür die Verantwortung?“ Der anklagende Protest löste die gewünschten Reaktionen beim Adressaten aus. Das Bundesarbeitsministerium meldete sich umgehend bei den Ärzten der Dynamit Nobel und übernahm von da an die Koordination des Informationsaustauschs zwischen allen Beteiligten. Innerhalb des fachlich-behördlichen Felds waren die Gesundheitsgefahren in der PVC-Herstellung damit zu einem prominenten Problem geworden.

Die öffentliche, über das fachliche Feld hinausgehende Aneignung der Berufskrankheiten vollzog sich in einem zweiten Schritt über das vorgestellte Kollektiv der Stadt. Für eine wirksame Problematisierung musste es den Protagonisten darum gehen, die Stadt insgesamt für die Sache zu engagieren. Lokale Aktivisten und Parteipolitiker verschoben die Grenzen des Arbeitsplatzes mehrfach über das Werkstor hinaus und erinnerten daran, dass die Arbeiter der Dynamit Nobel AG zur Troisdorfer Bürgerschaft gehörten. So erklärte der SPD-Vorsitzende Nöbel im Stadtrat: „Sie mögen sagen, was geht uns das an. Für die innerbetrieblichen Probleme des Arbeitsschutzes ist die Stadt Troisdorf nicht zuständig. Meine Fraktion ist da anderer Ansicht. Wir meinen, daß die Stadt Troisdorf eine umfassende Fürsorgepflicht gegenüber allen Bürgern dieser Stadt hat, auch an deren Arbeitsplatz.“¹³

In einer weiteren Grenzverschiebung machten die protestierenden Bürger die ganze Gemeinde zu Betroffenen, als sie sich auf die gemeinsamen Erfahrungen mit Lärm- und Phenolemissionen durch das Unternehmen beriefen. Obwohl es mit den VC-Emissionen

¹¹ BA Koblenz B 149/ 27869, Vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Bonn für Dynamit Nobel AG angeordnete Maßnahmen, o. D.; Jahresbericht Gewerbeaufsicht Nordrhein-Westfalen 1972, NW 179.

¹² BA Koblenz B 149/ 27869 Schreiben an den Herren D IIIb, Anonymer Brief vom 23.8.1973.

¹³ BA Koblenz B 149/ 27871, Dr. Wilhelm Nöbel am 21.1.1974 im Rat der Stadt.

um ein neues Problem ging, stellten sie die Gesundheitsgefährdungen in der PVC-Produktion in eine Reihe mit älteren Konflikten. In ihren Augen handelte es sich selbstverständlich auch um ein Umweltproblem¹⁴.

In dieser Rahmung – VC-Gesundheitsgefahren als Umweltproblem – betonten die Anwohner einen Aspekt besonders, den schlampigen Umgang mit den verfügbaren Daten und bekannten Mängeln. Der sehr aktive Anrainer Gerhard Eibel wandte sich nach der ersten bundesweiten Veröffentlichung im Spiegel vom Dezember 1973 an den NRW-Landwirtschaftsminister Deneke und forderte, auch ein „Industriegigant“ wie Dynamit-Nobel dürfe sein Gewerbe nicht so betreiben, dass daraus „Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in so hohem Maße“ entstehen könnten: „Seit Jahren bangen wir um die Gesundheit unserer Familien und werden mit Messungen sowie Unterredungen seitens des Gewerbeaufsichtsamtes Bonn und Herren der Dynamit Nobel hingehalten. Soll das wirklich die ganze Praxis des Umweltschutzes sein, wenn es sich um ein Großunternehmen handelt?“¹⁵

Dieser Bezug auf den immer wieder durch Dynamit Nobel beeinträchtigten eigenen Alltag festigte bei den Troisdorfern die Überzeugung, dass die Krankheiten ihre Ursache in den Arbeitsbedingungen des Unternehmens hatten. Die auftretenden Leberschäden gaben zwar im Unterschied zu den verkürzten Fingerendgliedmaßen und den bald diagnostizierten Blutgefäßkrebsen der Leber ein weit weniger spezifisches Symptom ab, d.h. sie konnten mehrere Ursachen haben. Vor dem Hintergrund der langjährigen örtlichen Probleme weigerten sich Arbeiter und Anwohner aber, medizinische Unsicherheiten im Einzelfall zu akzeptieren: Ihres Wissens nach waren die VC-Expositionen bei Dynamit Nobel über Jahre so hoch, dass Leberschäden, Verminderung der Blutplättchen und Durchblutungsstörungen der Finger sowie Kopfweh und Schwindel nur als Folgen der Berufsausübung interpretiert werden konnten.

So waren bei Dynamit Nobel zwar selten Kontrollmessungen vorgenommen und wenn, nie dokumentiert worden. Arbeiter versicherten jedoch, sie hätten das VC-Gas regelmäßig gerochen und zeigten damit den Experten an, dass die VC-Exposition genauso regelmäßig über den erlaubten Grenzwerten gelegen haben musste¹⁶. Dies galt besonders für die Druckkessel, in die Chemiarbeiter hinab stiegen, um die angebackenen Plastikreste von den Innenwänden und den Rührarmen zu kratzen. Die Betriebsleitung hatte die alten Kessel nicht wie die meisten anderen Kunststoffhersteller durch geschlossene Systeme ersetzt und anscheinend die meisten gewerbehygienischen Auflagen umgangen. In den Augen der Anwohner konnten sich die gewerbehygienischen Bedingungen nur noch verschlechtert haben, nachdem das

¹⁴ BA Koblenz B 149/ 27871, SPD-Fraktion Troisdorf an das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Bonn, 31.12.1973.

¹⁵ Stadtarchiv Troisdorf W.I.G. 2.3.11 Dynamit Nobel AG 1972-74, Gerhard Eibel an Minister Deneke, 27.12.73.

¹⁶ BA Koblenz B 149/ 27869, Erörterung über die sog. Vinylchloridkrankheit im Bundesministerium für Arbeit am 10.1.1974.

Lärmproblem des Unternehmens dadurch gelöst worden war, dass die Fenster zugemauert wurden¹⁷.

Studentische Protestformen in der Provinz

Der Vorwurf Eibels, im Umgang mit den VC-Gesundheitsgefahren äußerten sich Demokratiedefizite im Unternehmen und den lokalen Behörden, stellt ein eigenes Argumentationsmuster dar. Mit seiner Hilfe machten Kritiker den „Fall Dynamit Nobel“¹⁸ zum Exempel allgemeiner bundesdeutscher Fehlentwicklungen. Immer wieder und in unterschiedlichen Zusammenhängen wurde dieser Missstand, die „Art und Weise, wie und auf wessen Kosten bei uns produziert wird, und das alles praktisch ohne gesellschaftliche Kontrolle“, kritisiert¹⁹. Die Unternehmensführung wurde angeschuldigt, das ganze Ausmaß der chronischen VC-Vergiftungen zu vertuschen und interne Kontrollmechanismen zu blockieren: In eidesstattlichen Erklärungen etwa bezeugten einige Chemiewerker aus der PVC-Herstellung, dass Emissionswerte bei Besuchen des Gewerbeaufsichtsamts regelmäßig manipuliert worden seien.²⁰ Darüber hinaus sei der Betriebsrat abhängig von der Betriebsleitung, billige deren Informationspolitik und komme als Vertreter der gefährdeten Arbeiter seiner Verantwortungspflicht nicht nach²¹.

Zahlreiche Troisdorfer forderten Hilfe für die schon Erkrankten und die zukünftige Vermeidung der mit VC verbundenen industriellen Gesundheitsgefährdungen. Zugleich verfolgten sie ein weiteres, grundsätzliches Ziel: Dem demokratischen Instrument der öffentlichen Kontrolle sollte zur dauernden Anwendung verholfen werden. Dies lässt sich besonders deutlich an den Protestpraktiken ablesen. Für eine Kleinstadt ohne Universitätsmilieu war es schließlich besonders bemerkenswert, dass die engagierten Bürger eine Aktionsform wählten, die performativ nachholte, was an öffentlichen Untersuchungen und Bekanntgaben versäumt worden war. Ein „Solidaritätskomitee für die von der VC-Krankheit betroffenen Kollegen bei der Dynamit Nobel AG in Troisdorf“, in deren Sprecherrat sich neben „zwei DKP-Mitgliedern ein Gewerkschaftsvertreter, ein Pastor und zwei Vertreter der erkrankten Arbeiter“²² befanden, lud in eine Troisdorfer Schulaula zum „Flick-Tribunal“. Vor Gericht stand der zwei Jahre zuvor verstorbene Friedrich Flick, zu dessen Konzern die Dynamit Nobel AG seit 1959 gehörte²³. Das Komitee imitierte so in Anspielung auf das Berliner Tribunal zur Zerschlagung des Springer-Konzerns, das der SDS im Februar 1968 veranstaltet hatte, den formalisierten Rahmen einer demokratischen Instanz.

Bei der Veranstaltung handelte sich nicht nur in der Form um eine Äußerung der ‚Gegenöffentlichkeit‘. Auch inhaltlich bezog sich das Solidaritätskomitee auf die

¹⁷Eßlinger 1975, 50; DYNAMIT. Zeitung der DKP für die Belegschaft der Dynamit Nobel AG Troisdorf Januar 1974, 2.

¹⁸ So der Titel von Eßlinger 1975.

¹⁹ BA Koblenz B 149/ 27871, Dr. Wilhelm Nöbel am 21.1.1974 im Rat der Stadt Troisdorf.

²⁰ Eidesstattliche Erklärungen fotografiert abgedruckt in Weltbild 23.7.75.

²¹ Rhein-Sieg-Rundschau 17.1.74, SPD kritisiert den Betriebsrat der DN.

²² Bestand Kleinert, Offener Brief des Solidaritätskomitees an die Troisdorfer FDP als Reaktion auf die in Lokalzeitungen am 29.4.74 veröffentlichte FDP-Distanzierung vom Komitee.

²³ Strack 1998, 259.

Diskussionen, die Anlass des Springer-Tribunals gewesen waren: Die zentrale Sorge der studentischen und intellektuellen Aktivisten hatte seit den frühen 1960er Jahren der medialen Manipulierbarkeit der Öffentlichkeit, ihren Bedingungen und Funktionen gegolten²⁴. „Eines unserer wesentlichsten Ziele ist die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Vorfälle bei der DN, damit von dieser Seite kein Erkrankter unter Druck gesetzt werden kann [...]. Wir können es nicht zulassen, daß die Zustände bei der DN stillschweigend unter den Teppich gekehrt werden“, erläuterte das Solidaritätskomitee in einem offenen Brief an seine Kritiker²⁵. Der Erfolg gab ihren Forderungen Auftrieb: Die Schulaula war voll besetzt.²⁶ Dabei waren die lokalen Akteure längst für die Eigenheiten massenmedialer Übersetzungs- und Definitionsprozesse sensibilisiert, das „Flick-Tribunal“ war selbst medientauglich. Der Lokalreporter etwa verglich die improvisierte Gerichtssituation mit dem Sendeformat „Fernsehgericht“²⁷.

Die These von einem neu zu bestimmenden Selbstverständnis der ‚Öffentlichkeit‘ war demnach Mitte der 1970er Jahre längst nicht mehr nur intellektueller *common sense* einer sich in Vorträgen, Zeitungen, Radio und Fernsehen zu Wort meldenden kulturkritischen Elite, Hintergrundannahme einer kleinen Gruppe SDS-Aktivisten und anderer Vertreter der neuen Linken. Gleichwohl war sie immer wieder durch Erfahrungen gestützt worden, die Journalisten – gerade nach 1945 zentrale Vermittlerfiguren und Multiplikatoren innerhalb der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ – gemacht hatten. Nicht zufällig begann nun auch die Kölner Fernseh- und Presseszene, sich für die Berufskrankheiten am Stadtrand zu interessieren – und dies unter einer sehr spezifischen Perspektive.

Vom Stadtrand in die Kölner Medienkreise

Die DKP-Kreisgruppe, die für die Betriebszeitung DYNAMIT verantwortlich zeichnete, hatte von den Geschädigten des PVC-herstellenden Betriebs der Dynamit Nobel nicht, wie man meinen würde, über die eigene Betriebsgruppe erfahren. „Das haben wir von außen gekriegt – wohl über Ulla Junk.“²⁸ Ulla Junk, eine Redakteurin des ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘, hatte die Diskussionen um VC und das Troisdorfer Werk seit Anfang 1972 im Blick, sie recherchierte bei den Betroffenen, ohne allerdings vor Dezember 1973 einen Artikel zu veröffentlichen. Auch Peter Kleinert war Anfang der 1970er Jahre Redakteur beim ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘. Die Troisdorfer Berufskrankheiten und ihre Behandlung in der Kölner Lokalpresse gaben für ihn eine ideale Geschichte ab, mit der er sein berufliches und politisches Anliegen verfolgen konnte, sich für mehr Mitbestimmung in den aktuellen Medienredaktionen einzusetzen.

²⁴ Ulrike Meinhof erklärte 1967 in der Septemerausgabe von Konkret, warum es an der Zeit sei, Springer zu enteignen; der SDS-Aufruf in: Neue Politik, 11.11.1967 12. Jg. Nr. 45, Springertribunal in Berlin, 7-8; vgl. Kraushaar 2001.

²⁵ Bestand Kleinert, Offener Brief des Solidaritätskomitees an die Troisdorfer FDP als Reaktion auf die in Lokalzeitungen am 29.4.74 veröffentlichte FDP-Distanzierung vom Komitee.

²⁶ Rhein-Sieg- Anzeiger 29.4.1974, Das ‚hohe Gericht‘ ließ Angeklagten keine Chance: „Es war, als ob ein Superstar gastieren wollte: Hunderte drängten sich in die Aula des Gymnasiums, holten sich zusätzliche Stühle und standen an den Eingängen.“

²⁷ Rhein-Sieg-Anzeiger 29.4.1974, Das ‚hohe Gericht‘ ließ Angeklagten keine Chance.

²⁸ Interview mit Jörg Heimbrecht am 26.9.2002, 1.

Er war Autor des im Februar 1976 gesendeten WDR-Films ‚Immer auf der Seite der Opfer‘. Hierin untersuchte er die Frage, in welcher Weise sich die Kriminalberichterstattungen in unterschiedlichen Feldern voneinander unterschieden. Troisdorf war sein Beispiel für Fälle der Wirtschaftskriminalität. Während man bei gemeiner Kriminalität jede Freiheit habe, „bis zur Freiheit von BILD, Menschen vorzuführen, die Opfer geworden sind und sie dann also wirklich noch mal zu Opfern zu machen“²⁹, lautete Kleinerts Vorwurf in Sachen Berufskrankheiten: Die lokale Presse habe sich in der Berichterstattung nicht nur zurückgehalten, sondern gegenüber ihren Redakteurinnen und Redakteuren Pressezensur ausgeübt und damit verhindert, dass der wichtige Anzeigenkunde Dynamit Nobel AG in die Schlagzeilen gerate.

Die Ausstrahlung des Films hatte Kleinerts Kündigung zur Folge. Der Verleger Alfred Neven DuMont und die Lokalredaktion Siegburg seiner Tageszeitung ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘ hatten sich im Beitrag wiedererkannt und fühlten sich verleumdet. Im vierjährigen Rechtsstreit gab das Bundesarbeitsgericht schließlich Kleinerts Klage gegen die Kündigung statt. Angesichts der Diskussionen um das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Massenmedien war für die lokalen Akteure – die Chemiarbeitervertreter und Kleinerts Gewerkschaftsvertreter – die verlegerische Rücksichtnahme auf die Dynamit Nobel AG eine einleuchtende Erklärung. Die ‚Interessengruppe der Vinylgeschädigten‘ lud zur Diskussion mit Kleinert ein. Er habe die Kündigung erhalten, „da er mutig aufgezeigt hatte, daß fast die gesamte Presse und die Medien den sich anbahnenden Skandal in den Jahren 1972/ 1973 totgeschwiegen haben“³⁰.

Die Sorge um ein hohes demokratisches Gut, die Meinungsfreiheit, hob den Fall für den Filmautoren Kleinert und seine Gewerkschaftskollegen über einen normalen arbeitsrechtlichen Streit hinaus. Kleinert habe mit der Aufdeckung des Problems überragende Gemeinschaftsinteressen wahrgenommen.³¹ Dabei verwies der aktuelle Anlass nur auf einen grundlegenden Konflikt: Kleinert stand, so die Meinung, nicht nur als Person im Kreuzfeuer der Verlegerkritik sondern in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftsfunktionär. Die Entlassung des Landesbezirksvorsitzenden und Vizebundesvorsitzenden der Deutschen Journalisten Union (dju) durch den Vizevorsitzenden des Bundes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) Alfred Neven DuMont hatte besonderes Gewicht. Sie verwies auf eine Arbeitgeberpolitik, die das gewerkschaftliche Anliegen der Mitbestimmung grundsätzlich ablehnte³².

Die Berufskrankheiten in Troisdorf wurden vom TV-Autoren und seinen damaligen Informanten unter dem Aspekt der Nachrichtenunterdrückung erinnert: Für den Film hätte es auch jeder andere Fall von unterlassener Berichterstattung über

²⁹ Interview mit Peter Kleinert am 31.7.2002 in Köln, 1.

³⁰ Bestand Schmetkamp, Einladung der IG der VC-Geschädigten zur Versammlung am 9.3.1976. Bestand Kleinert, DGB Schriftsatz in Sachen Kleinert/ DuMont Schauberg, 18.5.1976, 1.

³¹ Bestand Kleinert, DGB Schriftsatz in Sachen Kleinert/ DuMont Schauberg, 18.5.1976, 30.

³² Bestand Kleinert, offener Brief der Rundfunk-Fernseh-Film-Union im Deutschen Gewerkschaftsbund, Verband WDR, Köln 2.3.76.

Wirtschaftskriminalität sein können³³. Dennoch erfuhr die Kritik Kleinerts aus den Troisdorfer Krankheits- und Todesfällen eine Stärkung.

Berichte über den Streitfall Kleinert/ Neven DuMont wurden häufig mit einer Abbildung illustriert, auf der ein Redakteur nach einem Hammerschlag auf den Kopf vorne über auf seine Schreibmaschine fällt (Abb.1.). Der assoziative Rahmen der Metapher des ‚mundtot Machens‘ wurde dabei voll ausgereizt bzw. überzogen: Die Abbildung schoss deutlich über die Bedeutung ‚Pressezensur‘ hinaus. Sie wurde in den Medien der neuen Linken vielleicht als ironische aber sicher nicht als verleumderische oder falsche Übertreibung gewertet. Denn die Zeichnung bezog ihre Evidenz aus den Diskussionen um das Phänomen der ‚strukturellen Gewalt‘. Deren Wirkungen offenbarten sich auch in den VC-Berufskrankheiten und VC-Todesfällen. Der Verweis auf ‚strukturelle Gewalt‘ erlaubte einen Kurzschluss von metaphorischen und wirklichen Todesarten. Er wird im folgenden Abschnitt nachvollzogen und zusammen mit einem Vergleich, der an verschiedenen Stellen der Diskussionen um VC und PVC auftaucht, interpretiert.

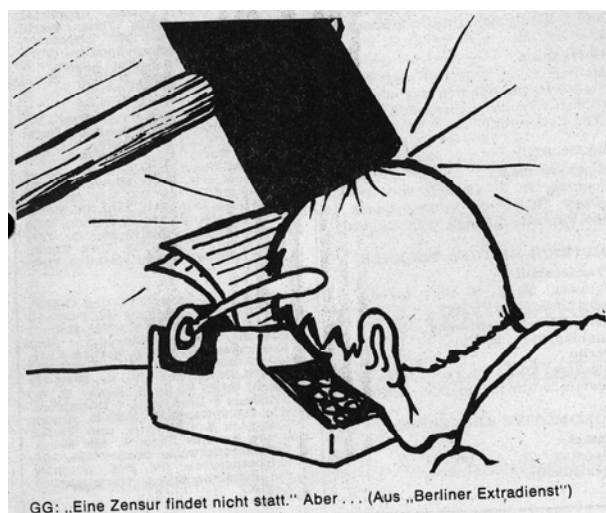


Abb. 1, aus: ‚Deutsche Volkszeitung‘, 18.3.1976, 5. Die ursprünglich aus dem Berliner taz-Vorläufer ExtraBlatt stammende Karikatur erschien innerhalb eines ganzseitigen Artikels über die „unheilige Allianz von Konzern- und Verlegermacht“ im Fall Kleinert. Sie ist ebenfalls abgedruckt im Kölner ‚Literaturbrief‘ 6/ 76, der sich dem Thema Pressezensur widmete und einen Artikel zu Neven DuMont und den Troisdorfer Krankheitsfällen enthielt. Im April 1976 wurde sie von der alternativen Zeitung ‚Kölner VolksBlatt‘ lokal adaptiert, indem das Logo des ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘ hineinkopiert und mit dem Zusatz „löst bequem Ihr Problem“ versehen wurde.

³³ Interview mit Peter Kleinert am 31.7.2002 in Köln, 9.

II. Interpretationen von struktureller Gewalt

Schon im „Flick-Tribunal“ hatten sich Kritikformen und Argumente der neuen und alten Linken verbunden und dem verhandelten Problem Aufmerksamkeit eingetragen: Fotos vom „Flick-Tribunal“ zeigen volle Zuschauerreihen. In Peter Kleinert kreuzten sich für die Beteiligten beide Selbstverständnisse in einer Person, worauf die parallelen Reaktionen auf seine Entlassung des DGB, der der DKP nahe stehenden ‚Deutsche Volkszeitung‘ und des neulinken ‚Kölner VolksBlatt‘ hindeuten. Tatsächlich war Kleinert mit der dju einerseits in einer Interessenvertretung aktiv, die über die Mitgliedschaft bei IG Druck und Papier in traditionelle Gewerkschaftsstrukturen eingebunden war. Andererseits wurde er immer wieder jenseits der Gewerkschaft initiativ, um partizipative Organisationsformen in Verlagen und Redaktionen zu realisieren³⁴.

Nicht weiter verwunderlich ist es deswegen, wenn sein Film und der um ihn entstehende mediengewerkschaftliche Konflikt auf Seiten der Erkrankten und ihrer Unterstützer die Zweifel an der transparenten Behandlung der VC-Gefahren, die im „Flick-Tribunal“ ihren treffenden Ausdruck fanden, retrospektiv bestätigten und verstärkten. Gleichzeitig bezog das Engagement Kleinerts auch einen Teil seiner Authentizität daraus, dass die von ihm beobachtete Nachrichtenzensur beim ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘ einen traditionellen Arbeiterkonflikt zum Anlass hatte. Das authentische Engagement war für die relative Prominenz des Medienkonflikts mitverantwortlich.

Aber die beiden Konflikte stärkten einander noch aus einem anderen Grund. Beide Phänomene plausibilisierten die Annahme, man habe es mit einer unterschiedliche Wirtschaftsbranchen und Gesellschaftssysteme gleichermaßen durchziehenden ‚strukturellen Gewalt‘ zu tun. Berufskrankheiten wurden als ‚mit System betriebene grobe Fahrlässigkeit‘³⁵ und Pressezensur als Zeichen eines ‚gewöhnliche[n] Faschismus‘³⁶ gedeutet. Die Darstellung der Pressezensur malte diese Überzeugung nach den Regeln einer neulinken Ikonographie noch aus und parallelisierte damit deren Folgen: Am Ende stehen metaphorischer und tatsächlicher Tod.

Der Vorstellung, dass in der Bundesrepublik auch noch nach 1945 Gewaltverhältnisse vorherrschten, war im Umfeld der Studentenbewegung vor allem in den Staats- und Gesellschaftskritiken zu Prominenz gelangt, die sich den Ereignissen um 1968 anschlossen und die ihren sinnstiftenden Fluchtpunkt im NS-Staat und dem deutschen Genozid an den europäischen Juden hatten³⁷. Das interpretatorische Kräftefeld, in das neulinke Diskussionen über Gewalt, die zuerst als staatliche Gewalt gedacht wurde³⁸, hineingestellt waren, strahlte auch auf die Befunde aus, die Protagonisten und

³⁴ Bestand Kleinert, Loccumer Resolution zur inneren Pressefreiheit, 19.11.1970.

³⁵ Bestand Kleinert, Offener Brief des Solidaritätskomitees an die Troisdorfer FDP als Reaktion auf die in Lokalzeitungen am 29.4.74 veröffentlichte FDP-Distanzierung vom Komitee.

³⁶ epd, Kirche und Rundfunk 21.2.1976, Nr. 14, Fernseh-Kritik „Immer auf der Seite der Opfer“, 14.

³⁷ Vgl. etwa Thamer 1998, 39; Siegfried 2000, 104.

³⁸ Pettenkofer 2004, 8 (Seitenzählung nach Manuskript).

Kommentatoren rund um die Troisdorfer Berufskrankheiten diagnostizierten. Hier wurden Bezüge zum NS zum einen hergestellt, als man im „Flick-Tribunal“ auf die Enteignungen der Familie Flick durch die Alliierten anspielte³⁹. Zum anderen fielen für die Arbeitsbedingungen im PVC-Betrieb mehrfach die Bezeichnung „Gaskammern“⁴⁰.

Noch in einer zweiten Beziehung passten sich die Krankheitssymptome in diesen Deutungsrahmen ein. Kritiker erkannten den gleichsam produktiven Wert der Symptome für die Arbeitsmedizin, für die sie u.a. wissenschaftliche Teilergebnisse darstellten. Eine Idee, die konstitutiv für die Selbstbeschreibungen der frühen Arbeitsmediziner war, konnte aus dieser zunächst gewerkschaftlichen Sicht zu einem kritischen Argument umgemünzt werden. Gewerbehygienischer Idealfall, auf den in der Realisierung des Arbeitsschutzes hingearbeitet wurde, wäre es, wenn gut eingerichtete und kontrollierte Arbeitsplätze Ähnlichkeiten mit Experimentalbedingungen im wissenschaftlichen Labor aufwiesen⁴¹. Kritiker spitzten diese für die Profession der Arbeitsmediziner zentrale Vorstellung zu. Aus ihrer Sicht waren Chemiarbeiter tatsächlich zu „Versuchskaninchen“ geworden: „Wenn davon gesprochen wird, daß z.B. bei PVC ein 2-jähriger Test laufen soll, dessen Ergebnis dazu führen könnte, daß danach eine Rücknahme der Betriebsgenehmigung erfolgen würde oder besondere Auflagen nötig würden. Wird hier nicht der Mensch zum Versuchskaninchen?“⁴² Das Argument wog deswegen umso schwerer, weil die dem Vergleich zugrunde liegende arbeitsmedizinische Orientierung an laborförmigen Situationen prinzipiell für alle direkt Beteiligten keine drastische Überzeichnung der Verhältnisse bedeutete, wie der Blick in die Geschichte der Gewerbehygiene gerade gezeigt hat. Die Anstrengungen der Arbeitsmediziner, wissenschaftlich objektive Kriterien und Variablen zu definieren, mit denen sich auftretende Erkrankungen auf die konkreten Bedingungen am innegehabten Arbeitsplatz zurückrechnen lassen, konnten von den Kritikern damit als inhärent ambivalente und strukturell risikoreiche Strategien diskreditiert werden.

Die zeitgenössisch konstatierten Analogien zwischen VC-Berufskrankheiten und Pressezensur sowie der Versuchskaninchen-Vergleich verweisen zusammen auf staatliche, industrielle und wissenschaftliche Logiken, die sich zeitgleich in einem anderen bald so verstandenen ‚Massenexperiment‘, dem Bau von Atomkraftwerken, bündelten. Umweltaktivisten hatten um 1976 begonnen, deren Bedrohungspotenzial in dem Maß als zunehmend katastrophisch einzuschätzen, als sich staatliche Repressionen in der Auseinandersetzung um den Bau von AKWs verschärften⁴³. Die Einbettung der

³⁹ Rhein-Sieg-Anzeiger 29.4.1974, Das ‚hohe Gericht‘ ließ Angeklagten keine Chance.

⁴⁰ Deutsche Volkszeitung 18.11.1976, 17; Eßlinger 1975, 50.

⁴¹ Das – unerreichbare – Ideal leitete insbesondere Überlegungen zur Prävention chronischer Krankheiten oder Vergiftungen an. Typisch etwa Teleky 1923, 47: „Allerdings dürfen wir auch hier nicht vergessen, daß auch andere Momente als rein gesundheitliche auf die Verringerung der Zahl der älteren Arbeiter hinwirkten. Niemals finden wir ja in der Wirklichkeit die Verhältnisse so liegen wie in einem gut durchgeführten Experiment, in dem unter Ausschaltung aller anderen störenden Umstände die Wirkung der zu prüfenden Kräfte oder Substanzen allein zu Tage treten.“

⁴² Brief des Friedrich F. an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags, 5. 10. 1976, BA Koblenz B 149/ 27872.

⁴³ Pettenkofer 2003 und 2004, 11/12. Erst zu dem Zeitpunkt entstehen damit auch Anschlussstellen an das konservativ-naturschützerische Deutungsspektrum: Für Naturschützer verblasste die „Hitler“-Katastrophe

VC-Berufskrankheiten in die sich formierenden zeitgenössischen Umweltdiskussionen war damit vorbereitet. Entscheidend ist, dass diese Einbettung, wie ich im nächsten Abschnitt ausführe, nicht mehr an die Emissionen ausstoßende Fabrikhalle der Dynamit Nobel AG gebunden war. Stattdessen wurde der Kunststoff selbst zum ausschlaggebenden Vehikel, das das Problem aus Troisdorf in die gesamte Bundesrepublik hinaus transportierte.

III. Wie aus PVC ein Umweltproblem wurde

Die körperlichen Symptome der Chemiarbeiter spiegelten, so lautete denn auch der dem Versuchskaninchenvergleich folgende Interpretationsschritt, die Verhältnisse der Industriegesellschaft wider und entlarvten jene als pathogen: „Die Arbeiter der Kunststoff-Industrie seien gleichsam Versuchskaninchen, erklärte Dr. Irving J. Selikoff, Chef der Abteilung Umweltmedizin an der New Yorker Sinai School of Medicine, an ihnen läßt sich ablesen, was auf alle Bürger zukommen könnte.“⁴⁴

Auf die Berufskrankheiten konnte in den folgenden Jahren Bezug genommen werden, um eine Gefährdung des öffentlichen Wohls durch PVC zu postulieren: „PVC = Probleme vom Chlor“⁴⁵ war der Slogan des BUND, mit dem für PVC-freie Gemeinden gekämpft wurde. Sie exemplifizierten die geläufige Formel „kranke Umwelt/ kranke Gesellschaft“⁴⁶. Und diese Formel findet sich in Troisdorf selbst wieder. Der Lokalreporter variierte sie, um den Zweck des „Flick-Tribunals“, zu beschreiben: „Politische und medizinische Ursachen, Krankheitssymptome und Symptome kapitalistischer Profitmacherei gedachten die DKP-Genossen wirkungsvoll in einer ‚szenischen Darstellung‘ aufzuzeigen.“⁴⁷

Mithilfe der Verweise auf Umweltgefährdungen konnten die lokale Probleme um VC also entgrenzt werden. Die Troisdorfer VC-Kranken legten exemplarisch Zeugnis über bundesdeutsche Missverhältnisse ab. Dabei verschob sich die Problemwahrnehmung von den *VC-Schädigungen* auf *PVC*. Die Umweltkritik an PVC wiederum stabilisierte sich in diesem Übertragungsprozess vor allem deswegen, weil die Antwort darauf, wer von den VC-Schädigungen betroffen wäre, immer unsicherer wurde: Je größer man sich dieses Kollektiv vorzustellen hatte, desto dringender stellte sich das Problem PVC. Für Nachbar Gerhard Eibel und das Solidaritätskomitee stellte die PVC-Herstellung eben eine Angelegenheit der ganzen Stadt dar, einmal, weil die Arbeiter ortsansässige Bürger waren, zum anderen, weil die Emissionen auch umliegende Straßenzüge betrafen.

Nach Feststellung der VC-Kanzerogenität erweiterte sich die potenziell gefährdete Gruppe für Kritiker um ein Vielfaches. Da schon kleinste Expositionen krebsauslösend

schon längst vor den zukünftigen Umweltkatastrophen, etwa Gruhl 1975, 220. Vgl. Markovits/ Gorski 1993, 133, die diese „Universalisierung“ der (bei Gruhl ausgeblendeten) Massenvernichtung als Relativierung zum Zwecke der Entlastung durch die Täter deuten.

⁴⁴ Der Spiegel 1974, Nr. 27, Tod im Plastik.

⁴⁵ PVC-Hearing der Stadt Bielefeld, 4. Der Bezug zu den Berufskrankheiten, dass., 10.

⁴⁶ Titel einer *Fischer* Taschenbuch-Reihe der 1970er Jahre.

⁴⁷ Rhein-Sieg-Anzeiger 29.4.1974, Das ‚hohe Gericht‘ ließ Angeklagten keine Chance.

wirken konnten, waren nun ebenfalls PVC-Weiterverarbeiter oder gar die Verbraucherinnen und Verbraucher darin einbezogen. Die SPD-Fraktion zielte im Grunde auf eine solche Verallgemeinerung der VC-Gesundheitsgefahren ab, als sie Anfang 1974 just in der Ratssitzung auf die VC-Kranken zu sprechen kam, in der ganz allgemein Umweltprobleme in Troisdorf auf der Tagesordnung standen. Und ihr gelang tatsächlich eine wirkungsvolle Anbindung an das Eingangsreferat dieser Themensitzung, in dem ein als Gastredner geladener Biologe des Landschaftsverbands Rheinland gerade prognostiziert hatte, dass „im Jahr 2000 jeder vierte an Krebs sterben [werde], wenn die Vergiftung und Verschmutzung nicht aufhöre“⁴⁸.

Im Unterschied zu den lokalen Zeitungen nahmen Berichte in den überregionalen Zeitungen und Magazinen die Krankheitsfälle häufig zum Anlass, über den Kunststoff PVC selbst nachzudenken. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit betrachtete den Erfolg von PVC als seine eigentlich fragwürdige Eigenschaft. 1974 wurden in der Bundesrepublik eine Million Tonnen PVC produziert⁴⁹. Zusammen mit dem neueren Polyäthylen war es damit der meistverbreitete westdeutsche Kunststoff. PVC war in allen Sphären des öffentlichen und privaten Lebens zu finden. „Wer Kunststoff sagt, muß auch PVC sagen, Polyvinylchlorid. Fast alles läßt sich daraus machen, zum Beispiel Plastikeimer, Fußbodenbeläge oder Tragetaschen.“⁵⁰ Dieser Verwendungszusammenhang wurde in den Diskussionen um die neue Berufskrankheit stets mitthematisiert. Der „Tausendsassa“⁵¹ PVC machte anscheinend die oft genug schleichenden Risiken, die sich aus der Verwendung von chemischen Produkten ergaben, greifbar. Die Bezeichnung „PVC-Krankheit“ hielt sich in Troisdorf, den Zeitungen und den Behörden hartnäckig, obwohl sich die Arbeitsmediziner auf den Namen „sog. VC-Krankheit“ geeinigt hatten. Angehörige der Kunststoffindustrie fühlten sich ob der – so die Wahrnehmung – Pauschalisierung durch „das griffige Schlagwort ‚PVC-Krankheit‘“ herausgefordert und warnten vor unnötiger Panikmache bei der „(von den verschiedensten Gebrauchs- und Einrichtungsgegenständen auf PVC-Basis umgebenen) Bevölkerung“⁵². Sie bemühten sich, das gesundheitsgefährliche Monomer vom synthetischen Werkstoff an sich sauberlich zu trennen und die fachmännische Unterscheidung auch als allgemeine Sprachregelung in den öffentlichen Diskussionen zu verankern.

Nachdem freilich Untersuchungen an PVC-Verpackungen ergeben hatten, dass erhebliche Restmengen von VC im Plastik zu finden waren, die zum Teil in die verpackten Lebensmittel diffundierten, wurde der Kunststoff umso selbstverständlicher mit seinem Grundstoff in eins gesetzt⁵³. Die ‚Gesellschaft für menschliche Lebensordnung e.V.‘ etwa sah sich nach Ausstrahlung eines zweiten WDR-Films ‚PVC

⁴⁸ Generalanzeiger 25.1.1974, Dr. Dahmen referierte im Rat. Wir ermorden mit unseren Giften und Schadstoffen langsam die Erde.

⁴⁹ Verband Kunststoffherstellende Industrie 1975, 6.

⁵⁰ Süddeutsche Zeitung 30.4./ 1.5.1975, 13 Das unheimliche Vinylchlorid.

⁵¹ Die Zeit 1975 Nr. 41, 26. Ist die Leberkrebsgefahr bei der PVC-Produktion gebannt?

⁵² Leserbrief an die FAZ, 2.1.74, Zum Artikel ‚Leberschäden bei der PVC-Herstellung‘.

⁵³ Bestand Schmetkamp, Skript WDR-Film ‚PVC. Eine Gefahr und ihre Verharmlosung‘ (ausgestrahlt ARD 4.10.1976), 9; Kölner Stadt-Anzeiger, 13.10.1976, Vergiftet Plastik Fleisch und Fette?

– eine Gefahr und ihre Verharmlosung' zum Handeln gezwungen und schrieb an den Petitionsausschuss des Bundestags. Der Verein fürchtete, dass durch „das weite Anwendungsgebiet von PVC-Erzeugnissen wie Flaschen, Dosen, Margarine-Behälter usw. [...] für die gesamte Bevölkerung die Erkrankungsmöglichkeit an Krebs besteht“⁵⁴. PVC war in diesen Deutungen ein Problem der ganzen Gesellschaft geworden.

IV. Schluss

Der Aufsatz beschrieb die Reklassifizierungsprozesse, in deren Zuge die Troisdorfer Berufskrankheiten zu einem typischen Beispiel für die Umweltprobleme der Bundesrepublik wurden. Schon in den lokalen Diskussionen um die Produktionsbedingungen bei Dynamit Nobel kreuzten sich Berufskrankheitenkritik, Kritik an gesellschaftlichen Demokratiedefiziten und Umweltkritik auf wirkungsvolle Weise. Unterschiedlich motivierten Akteuren gelang es deswegen, die Gefahren durch VC zu politisieren und sie zu einem Problem der gesamten (Stadt)Öffentlichkeit zu machen. Die Aktionsformen Solidaritätskomitee und „Flick-Tribunal“ vermittelten dabei ebenso zwischen Argumentationsmustern der neuen und alten Linken wie die Argumentationsfigur der strukturellen Gewalt und ihr in umweltbewegten Kreisen evozierter Deutungshorizont.

Über diese umweltsemantische Codierung rückte die Krebsgefährdung, die Mitte der 1970er Jahre von VC und seinen Produkten ausging, in den Mittelpunkt der Diskussionen. Sie wurde von Troisdorfer Bürgern und informierten Verbrauchern in einen engen Zusammenhang zu aktuellen Umweltbedingungen gesetzt. Die dauerhafte Bestimmung des ursprünglich arbeitsmedizinischen Problems als Umweltproblem wurde weiterhin dadurch erleichtert, dass sich kulturkonservative Konnotationen, die sowohl Kunststoffen als auch Krebskrankheiten anhafteten, in PVC trafen. Die als auffällig wahrgenommene Künstlichkeit von Plastik etwa war mit der Interpretation einer gesundheitsgefährlichen Entfremdung der Lebensverhältnisse leicht zu vereinen.

V. Literatur

Ungedruckte Quellen, Zeitungsartikel und unsignierte Fachzeitschriftenartikel werden nicht mehr aufgeführt

Boltanski, Luc mit Yann Darré und Marie-Ange Schiltz (1984). La dénonciation. In: *Actes de la recherche en sciences sociales* 51: 3-40.

Döring, Frieder (2002). Dr. Schmetkamp und die Troisdorfer VC-Kranken. In: *Troisdorfer Jahreshefte* 32: 140-154.

Eßlinger, Heinz (1975). PVC-Erkrankungen in der Bundesrepublik Deutschland und

⁵⁴ BA Koblenz B 149/ 27872 Hannah Schmidt, Gesellschaft für menschliche Lebensordnung e.V. Leer, Eingangsstempel 18.10.1976.

- Der Fall Dynamit Nobel. In: Ch. Levinson (Hg.), *PVC zum Beispiel. Krebserkrankungen bei der Kunststoffherstellung*. Hamburg: 44-69.
- Gruhl, Herbert (1975). Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik. Frankfurt.
- Haffner, Sebastian (1977³). Die neue Sensibilität des Bürgers. In: P.C. Meyer-Tasch, *Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem*. Reinbek: 75-86.
- Hodenberg, Christina von, „Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, in: Herbert, U. (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, S. 278-311.
- Jühe, Susanne/ Veltmann, Günther (1972). Zur Klinik der sogenannten Vinylchlorid-Krankheit (Sklerodermie-ähnliche Veränderungen bei Arbeitern der PVC-herstellenden Industrie). In: *Erstes internationales Symposium der Werksärzte der Chemischen Industrie, 27.-29.4.1972*. Ludwigshafen: 267-276.
- Kraushaar, Wolfgang (2001). 1968 und die Massenmedien. In: *AfS* Jg. 41: 317-348.
- Markovits, Andrei/ Gorski, Philip (1993). *The German Left. Red, Green and Beyond*. Oxford.
- Meinhof, Ulrike (1967). Enteignet Springer! In: *Konkret* Jg. 13 H. 9: 2ff.
- Pettenkofer, Andreas (2003). Gewalterfahrungen und kollektive Identität ‚modernisierender‘ politischer Bewegungen. Überlegungen am westdeutschen Fall. In: C. Liell/ A. Pettenkofer (Hg.), *Kultivierungen von Gewalt*. Würzburg.
- Pettenkofer, Andreas, „Erwartung der Katastrophe, Erinnerung der Katastrophe. Die apokalyptische Kosmologie der westdeutschen Umweltbewegung und die Besonderheit des deutschen Risikodiskurses“, in: Clausen, L./Geenen, E. M./Macamo, E. (Hg.), *Entsetzliche soziale Prozesse: Theorie und Empirie der Katastrophen*. Münster u. a. 2003, S. 185-204.
- Siegfried, Detlef (2000). Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958-1969. In: A. Schildt/ D. Siegfried/ K.Ch. Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften* (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 37). Hamburg: 77-113.
- Stadt Bielefeld (1986). *PVC-Hearing*. Bielefeld.
- Strack, Heinz (1998). *Hüls AG. 100 Jahre Werk Rheinfelden. Ein Überblick über die Geschichte des Werkes, verfasst im wesentlichen nach Archivunterlagen*. Rheinfelden.
- Thamer, Hans-Ulrich (1998). Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung. In: *Westfälische Forschungen* 48: 39-63.

Teleky, Ludwig (1923). Aufgaben und Durchführung der Krankheitsstatistik der Krankenkassen. In: *Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Medizinalverwaltung* Jg. 18 H. 2 (Der ganzen Sammlung 173. Heft). Berlin: 3-52.

Verband Kunststoffherzeugende Industrie (1975). *VC/PVC: Beispiel einer Problemlösung*. Frankfurt/ M..